

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 67-4 vom 28. Juni 2026

Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Johann Wadephul,

beim Sommerempfang der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)
am 25. Juni 2026 in Berlin:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich übermittle Ihnen die herzlichen Grüße der Bundesregierung.

Den gestrigen Tag habe ich begonnen mit einem Gespräch in der katholischen Bischofskonferenz. Den heutigen beschließe ich mit dem Johannisempfang bei der EKD, das ist doch ein schönes Alpha und Omega.

Ihre Rede, liebe Frau Fehrs, war ja wieder ein Erfolg und ist ja immer ein Steinbruch für uns mit möglichen Kirsten-Fehrs-Zitaten. Da ich Ihre Rede im Vorfeld aber nicht kannte, habe ich ein Zitat mitgebracht, das etwas älter ist: „Ohne Zuversicht werden wir alle irre.“ Das stammt von Ihnen. Mir gefällt der Satz. Sie haben ihn während der Coronakrise gesagt. Und ich halte ihn für sehr wahr. „Ohne Zuversicht werden wir alle irre.“

In Ihrem Festvortrag, da war ja auch wieder eine Menge Zuversicht, die Sie uns zugerufen haben, drin. Vor Ihrer Predigt heute haben wir den Sommerpsalm von Waldemar Ahlén gehört. Dessen letzten beiden Verse möchte ich noch einmal wiederholen, auf Deutsch:

„All Werden muss vergehen –
doch sein Wort bleibt bestehen.“

Der Gedanke hinter diesen beiden letzten Zeilen des Liedes ist ja die Erinnerung daran, dass das Leben vergänglich ist. Und dass es aber auch etwas gibt, was darüber hinaus Bestand hat; etwas, das uns Halt gibt, wenn alles andere in Bewegung ist. Und dieser Gedanke, der ist wichtig, ist auch mir persönlich sehr wichtig. Er führt uns mitten in das hinein, was wir Zuversicht nennen.

Zuversicht: Das feste, manchmal erschütterte, aber unerschütterliche Vertrauen auf Gott. Das gibt uns Orientierung – auch mir. Weil ich eben überzeugt bin, dass wir ohne dieses Vertrauen, ohne die Zuversicht, um Ihre Worte, liebe Frau Fehrs, da noch einmal aufzunehmen, alle irre werden. Und für mein Berufsfeld gilt das allemal.

Sie haben gerade über die Krise des Sozialstaats gesprochen. Und darüber, dass die eigentliche Krise die des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist. In der Tat, wir erleben das gerade: Wenn Krisen ineinandergreifen, dann geraten auch wohlhabende Gesellschaften unter Druck. Wir stehen jetzt unter Druck. Ein Druck, der von innen kommt, aber auch von außen.

Sie alle schauen sicherlich täglich die Nachrichten. Ich muss Ihnen jetzt nicht im Detail die vielen Krisen aufzählen, mit denen meine Kolleginnen und Kollegen im diplomatischen Dienst und ich tagtäglich zu tun haben: der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Krieg am Golf, die technische Revolution durch künstliche Intelligenz.

All das fordert unsere Ressourcen: ökonomische Ressourcen – die des Staates, aber auch eines jeden Einzelnen. Wir merken das an der Tankstelle. Wir merken das an der Supermarktkasse. Und natürlich macht das etwas mit den Menschen. Es kostet eben auch seelische Ressourcen. Das ist doch klar.

Unsere Gesellschaft gründet sich auch auf ein Fortschrittsversprechen. Welche Eltern schauen nicht auf ihre Kinder mit dem Wunsch: Du sollst es einmal besser haben als ich! Aber das ist ein Versprechen, das im Angesicht all der Krisen unserer Zeit unwahrscheinlicher geworden ist. Wir als Bundesregierung arbeiten daran, dass es uns erhalten bleibt. Es sind schwierige Wochen, Frau Kollegin Bas. Und ich meine, wir machen dabei Fortschritte.

Aber wir brauchen doch ein Umdenken. Denn wer bei dieser Realität an diesem Versprechen noch festhält, der ist zwar nicht irre, aber bald sehr frustriert. Und ich verstehe auch, dass es für eine Gesellschaft schwer ist, mit dieser Erfahrung umzugehen. Dass sich Dinge eben nicht immer rein zum Besseren entwickeln. Dass manche Dinge, manche Gewissheiten, auch verloren gehen.

Die Wahrheit ist: Im Angesicht dieses wirklich fundamentalen Wandels unserer Zeit müssen wir unser Fortschrittsversprechen anpassen. In einer Welt, die sich für manche Bürgerinnen und Bürger durch eine Ohnmachtserfahrung auszeichnet, heißt Fortschritt: Subjekt bleiben, handlungsfähig bleiben.

Die Verteidigungsausgaben stehen wie keine andere Haushaltsposition für diesen Wandel. Sie sind eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Denn sie werden dafür sorgen, dass dieses Land bestehen kann. Gleichzeitig fehlt es in vielen anderen Bereichen an Finanzmitteln. Diese Situation kann für Menschen, die mit der Gnade des Friedens aufgewachsen sind, in einem scheinbaren Widerspruch stehen.

Es ist aber an der Zeit, die Dinge anders zu betrachten. Und viele Menschen in Deutschland tun das, weil sie sehen: Es ist notwendig. Und weil sie sehen: Eine resilientere Gesellschaft, eine Gesellschaft, die besser und stärker gegen Einwirkung von außen gewappnet ist, ist auch ein Fortschritt.

Und manchmal gibt es einen Streit darum, Streit um die Deutungshoheit. Dass wir diesen Streit führen können, ohne einander zu Feinden zu erklären, ist eine große kulturelle Leistung unserer Gesellschaft, an der die protestantische Kirche einen großen Anteil hat, weil sie den Menschen als Gegenüber Gottes versteht. Als jemanden, der Verantwortung trägt für sein eigenes Handeln, für seine Mitmenschen, für die Gemeinschaft, in der er lebt.

Die Zuversicht, gemeinsam mit anderen etwas bewegen zu können, ist Ausgangspunkt jeder demokratischen Politik. Wer Politik macht, tut es in der Überzeugung, dass wir Gestaltung selbst in der Hand haben. Das ist zumindest mein Politikverständnis. Bürgerlichkeit ist das Verdienst des Protestantismus. Und es ist auch das, was diejenigen, die totalitär denken, abschaffen wollen.

Wir erleben das gerade schon in einigen Gegenden unseres Landes und in einigen von unseren europäischen Nachbarländern, wo totalitäre Ideologen dem freien und verantwortlichen Menschen misstrauen. Sie setzen die Gefolgschaft über das Gewissen.

Der Protestantismus steht für das Gegenteil. Und deswegen wird er zum Ziel der Totalitären. Eine freie Gesellschaft erkennt man nicht daran, dass Religion unsichtbar wird, sondern daran, dass Menschen ihren Glauben sichtbar leben können. Wenn zwei Fußballnationalspieler nach einem Spiel gemeinsam auf dem Rasen niederknien und beten, dann ist das für mich zunächst einmal nichts anderes als ein sichtbarer Ausdruck von Dankbarkeit, Demut und Glauben.

Und dennoch erleben wir, wie aus diesem Gebet binnen Minuten ein Kulturkampf wird, weil sichtbarer christlicher Glaube in unserer Öffentlichkeit mittlerweile viele irritiert. Eine freie Gesellschaft muss sich gerade in solchen Debatten beweisen und behaupten. Sichtbar gelebter Glaube erinnert uns an das christliche Menschenbild, auf dessen Boden unsere Gesellschaft entstanden ist; an die Kontinuität, die uns in einer schwierigen Weltlage Halt und Orientierung bietet. Die uns verdeutlicht, dass der Mensch mehr ist als Bürgerin und Bürger, Konsumentin oder Konsument oder eine Funktion, die er trägt. Dass es noch diesen Raum gibt, in dem wir zusammenkommen, wie wir sind, und jeder und jede angenommen ist. Was für eine Kraft liegt darin in dieser Zeit.

Und damit das gelingen kann, liebe Gäste, sind wir als Regierung auf Sie als Kirche angewiesen: als Partner, als sozialer Anker. Weil Sie vor Ort sind. Aber auch darüber hinaus, weil Ihre geistliche, geistige und gesellschaftliche Prägekraft, die unser Land seit Jahrhunderten ausmacht, jetzt so sehr zählt wie lange nicht. Gemeinsam stehen wir für die freie Kraft des Glaubens, die uns in Zuversicht vereint.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

* * * * *